

Niederschrift über die 10. Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren und Soziales am 29.09.2022, 18:10 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Frau Bettina Suhren	SPD	
stimmberechtigte Mitglieder		
Herr Erwin Borgelt	Aktiv für Coesfeld	
Herr Jan Büscher	CDU	
Herr Dominik Engbers	FDP	Vertreter für Frau Wiebke Arning
Herr Ludger Kämmerling	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bernhard Kestermann	CDU	
Herr Benedikt Öhmann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Michael Pelster	Pro Coesfeld	Vertreter für Herrn Robert Böyer
Frau Carolin Rulle	CDU	
Herr Wilfried Schmitz	FAMILIE	
Frau Martina Vennes	Pro Coesfeld	
Herr Lars Vogel	CDU	Vertreter für Frau Ulrike Facher
Frau Inge Walfort	SPD	
Herr Lutz Wedhorn	CDU	
Verwaltung		
Herr Christoph Thies	Beigeordneter	
Herr Michael Vogt	Leiter Fachbereich 50, Soziales	
Frau Christiane Leifkes	Schifführerin	
Gäste		
Herr Heinz Öhmann		

Schifführung: Frau Christiane Leifkes

Frau Bettina Suhren eröffnet um 18:10 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:10 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Bericht der Verwaltung und Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
- 2 Aktuelle Situation Flüchtlinge
Vorlage: 275/2022
- 3 Unterkunft für Flüchtlinge und Obdachlose Wiesenstraße 18
Vorlage: 267/2022
- 4 Kommunales Case-Management - Interkommunale Zusammenarbeit
Vorlage: 270/2022
- 5 Bericht über die Ausführung des Budgets 50 - Teilbudget Soziales
Vorlage: 269/2022
- 6 Bericht der Coesfelder Tafel e.V.
Vorlage: 277/2022
- 7 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Bericht der Verwaltung und Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
- 2 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Bericht der Verwaltung und Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
-------	---

Frau Suhren begrüßt die Anwesenden.

Herr Michael Vogt, neuer Leiter des Fachbereichs 50 – Soziales und Wohnen, stellt sich in einigen Sätzen den Ausschussmitgliedern vor.

Herr Vogt berichtet über die Änderungen des Sozialgesetzbuches – Zweites Buch (SGB II), die ab Januar 2023 in Kraft treten sollen. Das Bürgergeld-Gesetz, welches das SGB II ändern soll, befindet sich zurzeit im Gesetzgebungsverfahren.

Wesentliche Änderungen sind unter anderem der Wegfall des Vermittlungsvorranges und die Förderung nachhaltiger Integration in den Arbeitsmarkt, die Erhöhung des Regelsatzes sowie der Vermögens- und Verdienstfreibeträge, die Übernahme der Kosten der Unterkunft ohne Angemessenheitsprüfung in den ersten zwei Jahren oder auch der weitgehende Wegfall von Sanktionen. Ebenfalls wesentliche Änderung ist die Umbenennung des „Arbeitslosengeldes II“ sowie des „Sozialgeldes“ einheitlich in „Bürgergeld“.

Ob und ggf. inwiefern sich die Arbeitsbelastung bei den Kolleg:innen im Jobcenter ändern wird, ist aktuell noch nicht abzusehen.

Herr Vogt berichtet über den aktuellen Stand der Obdachlosenbetreuung. Bei den zu betreuenden Personen liegen häufig multiple Problemlagen vor, die vielfach ursächlich für die entstandene sowie die anhaltende Obdachlosigkeit sind. Hier unterstützt die Stadt Coesfeld die betroffenen Personen in Zusammenarbeit mit der Alexianer IBP GmbH und bietet verschiedene Beratungs- und Unterstützungsleistungen an und vermittelt weitergehende Hilfen.

Nachdem einigen Personen bereits nachhaltig geholfen und die bestehende Obdachlosigkeit beendet werden konnte, kommt es nun vermehrt vor, dass sich Personen der erforderlichen Mitarbeit entziehen, oder die Hilfe sogar gänzlich verweigern. Jene, die Hilfe annehmen, bedürfen einer deutlich intensiveren Betreuung und Beratung. Zurzeit ist für den Kreis dieser beratungsfernen Personen die Einrichtung einer regelmäßigen Fallkonferenz geplant, im Rahmen dessen verschiedene Behörden und Institutionen (u.a. Stadtverwaltung, Polizei, Justiz, Drogenberatung, sozialpsychiatrischer Dienst) auf die jeweils individuelle Person zugeschnittene Entwicklungsmöglichkeiten eruieren werden.

Zudem ist die Stadtverwaltung regelmäßig mit der Alexianer IBP GmbH in Gesprächen, um Optimierungsmöglichkeiten in der Unterbringung und Betreuung der Obdachlosen zu erarbeiten.

Weiter stellt Herr Vogt die aktuellen Entwicklungen im Bereich des Jobcenters mit Hilfe einer PPP vor (ist als Anlage beigefügt).

Im Juli 2022 ist ein starker Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen, da zu diesem Zeitpunkt sehr viele Ukrainer:innen den Rechtskreiswechsel vom AsylbLG zum SGB II vollziehen konnten und insofern nun Leistungen vom Jobcenter beziehen.

TOP 2	Aktuelle Situation Flüchtlinge Vorlage: 275/2022
-------	---

Herr Thies stellt die aktuelle Situation der Flüchtlinge mit Hilfe einer PPP vor (ist der Anlage beigefügt). Er stellt die Willkommens-Sprachkurse vor. Die Sprachkurse werden zurzeit vornehmlich von Ukrainer:innen besucht, stehen jedoch Geflüchteten aller Nationalitäten offen. In der Vergangenheit wurden 9 Sprachkurse durchgeführt, zwei weitere sind in der Planung. Eine Herausforderung besteht darin, Mütter mit kleinen Kindern in die Kurse aufzunehmen, da die Betreuung der Kinder nicht immer sichergestellt werden kann. Die Kinder lernen die deutsche Sprache in der Schule. Teilweise wurden Sprachförderklassen gebildet. An einigen Schulen wird Deutsch als Fremdsprache angeboten.

Eine besondere Herausforderung ist z. Zt. die adäquate Unterbringung der Geflüchteten. Aktuell sind 36 Geflüchtete in der Notunterkunft des Kreises in Seppenrade untergebracht, da in Coesfeld die Kapazitäten erschöpft sind.

Die Halle 1 am Schulzentrum wird daher als Notunterkunft hergerichtet. Die Zeit der Belegung soll möglichst kurzgehalten werden. Die Belegung startet am 17. Oktober. Die Stadtverwaltung ist laufend auf der Suche nach passenden Häusern und Wohnungen, die angemietet werden können. Eine weitere Möglichkeit, die zurzeit geprüft wird, ist die Aufstellung von Containern.

Frau Vennes fragt, ob es noch freie Wohnungen gibt, die sich im Eigentum der Stadt befinden. Herr Thies teilt mir, dass aktuell grundsätzlich alle Wohnungen belegt sind. Es sind nur noch einige wenige Plätze vorhanden. Die Nutzung der neuen Immobilie Wiesenstr. wird frühestens ab 2024 möglich sein.

Frau Vennes fragt, ob die Stadtverwaltung bei privaten Gastgebern untergebrachten Geflüchteten hilft, eine eigene Wohnung zu finden. Herr Thies antwortet, dass die private Unterbringung nur eine vorübergehende Lösung sei und die Stadtverwaltung im Rahmen ihrer Möglichkeiten behilflich ist.

Herr Kestermann regt an, sozial gefördertem Wohnraum zu schaffen.

Frau Walfort regt an, erneut einen Aufruf in der Zeitung zu starten, um ggf. weiteren freien Wohnraum zu akquirieren.

Zur Frage von Herrn Kestermann, wie sinnvoll es sei, in alten Bestand zu investieren, antwortet Herr Thies, dass individuell geprüft wird, in wie weit der Wohnraum bewohnbar ist bzw. ob sich die Investition rechne.

Frau Vennes fragt, ob die WSG „mit im Boot“ sei. Herr Thies sagt zu, diese Frage im im Protokoll zu beantworten.

Fertiggestellt wurde vor einiger Zeit ein Objekt am Ludgerischulplatz. Die WSG hat das Grundstück Katthagen erworben und wird hier ein Objekt errichten mit überwiegend öffentlich gefördertem Wohnungsbau. Der Baubeginn verzögert

sich aufgrund der überaus umfangreichen Forderungen der Bodendenkmalpflege. Zurzeit wird überlegt, die Planung zu überarbeiten um den Aufwand zu reduzieren und das Projekt finanzierbar zu halten.

Weitere große Projekte sind in der konkreten Planung.

Bereits bewilligt ist die umfassende Modernisierung der Objekte Indehell 11 und 13. Die Förderung bewirkt, dass alle Wohnungen umfassend energetisch ertüchtigt (Effizienzhaus 70) und 48 der 66 inzwischen nicht mehr preislich gebundenen Wohnungen künftig preisgebundener Wohnraum werden. Hierzu hat die Stadt eine positive Stellungnahme gegenüber dem Kreis Coesfeld – Wohnbauförderung – abgegeben. Die WSG investiert hier ca. 8,6 Mio. €.

Zudem gibt es Planungen über ein großes Neubauvorhaben, das noch in der Projektierungsphase ist. Dieses Projekt wird zu gegebener Zeit öffentlich gemacht.

Frau Walfort mahnt an, dass für diese Thematik der Ausschuss Planen und Bauen zuständig sei.

Auf die Frage von Herrn Borgelt bezüglich Containerunterkunft berichtet Herr Thies, dass die Stadtverwaltung aktuell bundesweit Angebote einhole. Eine sehr hohe Nachfrage treffe hier auf ein sehr begrenztes Angebot.

Angebot.

TOP 3	Unterkunft für Flüchtlinge und Obdachlose Wiesenstraße 18 Vorlage: 267/2022
-------	--

Herr Thies stellt das Projekt „Unterkunft an der Wiesenstrasse für Flüchtlinge und Obdachlose“ anhand von Bauplänen vor, (den Sitzungsunterlagen als PPP beigefügt).

Der Ausschuss Bauen und Planen, der Hauptausschuss als auch der Rat haben sich mit 2 Varianten befasst und sich für die kostenintensivere, aber auch nachhaltigere Lösung entschieden.

Frau Walfort merkt an, dass es keine gute Lösung sei, Flüchtlinge und Obdachlose nebeneinander unterzubringen. Die Obdachlosen seien kein gutes Vorbild für eine Familie mit Kindern. Herr Thies erläutert, dass die Stadtverwaltung nicht darauf festgelegt sei, Flüchtlinge und Obdachlose in einem Gebäude unterzubringen, man sich jedoch beide Optionen – je nach Bedarf – offenhalten wolle.

Herr Büscher spricht die Sauberkeit und hygienischen Zustände in den Unterkünften an und weist auch auf den Artikel in der Allgemeinen Zeitung hin, der vor einigen Tagen die Situation am „Darfelder Weg“ behandelt hat. Dabei weist er auch auf die Verantwortung der Bewohnenden hin.

Auch Frau Suhren hält es nicht für gut, Geflüchtete und Obdachlose gemeinsam unterzubringen. Im Hinblick auf den Darfelder Weg ist sie der Meinung, dass die Stadt die Problematik nicht alleine lösen könne.

Herr Schmitz fragt, ob die Betreuer der Alexianer IBP GmbH in den Zimmern der Bewohner am Darfelder Weg lüften dürfen, um z. B. dem Schimmelbefall an Matratzen zu vermeiden. Herr Thies erläutert, dass dies zunächst immer in der Verantwortung

der Bewohnenden liege. Mitarbeitende der Stadtverwaltung können jedoch zur Kontrolle des Zimmerzustandes die Zimmer der Bewohnenden auch ohne deren Zustimmung betreten. Im Bedarfsfall könne dann auch gelüftet werden. Eine tägliche Kontrolle zur Öffnung der Fenster ist jedoch sicherlich nicht angemessen.

TOP 4	Kommunales Case-Management - Interkommunale Zusammenarbeit Vorlage: 270/2022
-------	---

Herr Thies stellt die Idee des Case-Managements vor.

Herr Kestermann fragt, für welchen Personenkreis das Case-Management gelten soll, ob hier alle Kunden im SGB II-Bezug und auch alle Nationalitäten berücksichtigt werden sollen. Herr Thies erläutert, dass vorwiegend Personen mit Migrationshintergrund angesprochen sind, die Hilfen jedoch grundsätzlich bezüglich Rechtskreis und Nationalität offen sind.

Frau Vennes befürwortet grundsätzlich das Case-Management und fragt, wie lange die Förderung festgelegt sei. Herr Thies beantwortet diese Frage im Protokoll:

Die Förderung ist im ersten Schritt zunächst bis zum 31.12.2022 bewilligt worden. Da die Förderung des Kommunalen Case-Managements eine Maßnahme aus dem Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW darstellt, wird davon ausgegangen, dass die Förderung jährlich verlängert wird. Es ist angedacht, die Förderung direkt für mehrere Jahre zu beantragen. Sobald der Stadtverwaltung genauere Informationen vorliegen, werden diese ggf. in der geplanten Vorlage zur Genehmigung des Kooperationsvertrages und der damit verbundenen interkommunalen Zusammenarbeit vorgestellt.

Frau Vennes merkt an, dass die 55.000,00 € nicht ausreichend seien und fragt z. B. nach den Kosten der Raumaufwendung, technische Ausstattung des Arbeitsplatzes etc. Herr Thies antwortet, dass die Förderung ca. 80% entspricht, es bleibt ein Personal- und Sachkostenanteil, der von den Kommunen getragen wird.

Herr Kestermann begrüßt den Synergieeffekt. Bei dieser Art der Zusammenarbeit sei auch die Vertretung geregelt. Es sei vorausschauend, einen Personalpool aufzubauen und die Stellen vorausschauend mit Leuten zu besetzen, die auch länger bleiben.

Herr Thies weist darauf hin, dass diese Thematik erneut in die politische Beratung gegeben wird, sobald der Kooperationsvertrag unterschriftsreif ist.

TOP 5	Bericht über die Ausführung des Budgets 50 - Teilbudget Soziales Vorlage: 269/2022
-------	---

Herr Thies stellt mit Hilfe einer PPP den Budgetbericht zum 30.06.2022 vor.

TOP 6	Bericht der Coesfelder Tafel e.V. Vorlage: 277/2022
-------	--

Frau Suhren begrüßt Herrn Heinz Öhmann, den 1. Vorsitzenden des Tafel Coesfeld e.V. Herr Öhmann berichtet über die Arbeit mit Hilfe einer PPP(als Anlage beigefügt).

Herr Öhmann berichtet, dass die Kunden der Tafel je Einkauf Lebensmittel im Wert von ca. 60 € erhalten und dafür als Familie lediglich ca. 8 Euro bezahlen müssten. Weiterhin berichtet er über logistische Herausforderungen, die Lebensmittelbeschaffung oder auch die Schwierigkeiten der höheren Verbraucherkosten.

Die Frage von Herrn Wedhorn, ob auch Wohngeldempfänger berechtigt sind, verneint Herr Öhmann.

Bezugnehmend auf den in der PPP genannten Personalaufwand i. H. v. 99.000 € bittet Herr Wedhorn um Klärung, wie sich die Summe zusammensetzt. Herr Öhmann erläutert, dass 1,5 Stellen zu bezahlen seien. Hierunter unter anderem die Stelle der Geschäftsführerin Frau Witulski.

Herr Kestermann dankt Herrn Öhmann, stellvertretend für alle Tafelmitarbeiter:innen, für den geleisteten Einsatz.

Herr Öhmann berichtet weiter von den besonderen Herausforderungen in Bezug auf die Geflüchteten aus der Ukraine. Zwischenzeitlich sei es schwierig gewesen, alle Kunden mit der passenden Menge an Lebensmitteln zu versorgen.

Frau Walfort berichtet, dass sie selbst ehrenamtlich bei der Tafel mitgearbeitet habe und somit aus eigener Erfahrung weiß, dass alle Mitarbeitende mit großem Engagement bei der Sache sind.

Frau Suhren bedankt sich bei Herrn Öhmann für die umfangreichen Erläuterungen und bittet ihn, für eine Frage am nicht-öffentlichen Teil teilzunehmen.

TOP 7	Anfragen
-------	----------

Es werden keine Anfragen gestellt.

Bettina Suhren
Ausschussvorsitzende

Christiane Leifkes
Protokollführerin